

Neues Gesetz in Ausarbeitung – Einheitliche Qualitätskriterien und Hilfsfristen – Experten der Uni Köln erstellen Konzept

# Zanon schafft Ruhe im Rettungs-Streit

**Elisabeth Zanon bastelt an einem neuen Rettungsgesetz. Ziel sind einheitliche Kriterien für das ganze Land und weniger Kosten für die Gemeinden.**

Von MARIO ZENHAUSERN

INNSBRUCK. Das Tiroler Rettungsgesetz (LGBL Nr. 40/1987) ist überholt. Rechtlich muss es dringend überarbeitet werden. Unter anderem sieht das Gesetz vor, dass die Gemeinden, deren Aufgabe die Organisation des Rettungswesens ist, diese Aufgabe an Dritte delegieren können. Allerdings heißt es im Gesetzestext, dass diese Dritten ihren Sitz in Tirol haben müssen. Das widerspricht nach dem Beitritt zur Europäischen Union auf natürlichem dem Gemein-schaftsrecht.

Aber die rechtliche Unzulänglichkeit allein ist es nicht, die Landeshauptmannstellvertreterin Elisabeth Zanon zur Überarbeitung des Gesetzes zwingt. Es sind vor allem inhaltliche Mängel. „Wir wollen in dem neuen Gesetz alles regeln: Rettungswesen, notärztliche Versorgung, Krankenransporte, Flugrettung, Berg- und Wasserrettung etc. Das wird ein richtig großer Wurf“, verspricht die Politikerin.

## Zentralisierung

Derzeit ist es noch so, dass im Rettungswesen historisch gewachsene Strukturen dominieren. Die Organisationen sind meist in Bezirken aufgesplittet, die noch dazu über eine gewisse rechtliche Eigenständigkeit

verfügen. Vor einigen Jahren ist der Landesverband des Roten Kreuzes gemeinsam mit einigen Bezirksstellen vorgeschickt: Mit der Leitstelle Tirol-Mitte bewiesen sie, dass der effiziente und effektive Einsatz der vorhandenen Mittel wesentlich von einer zentralen Dispositionierung und Koordinierung dieser Mittel abhängt.

Land Tirol und Stadt Innsbruck gingen einen Schritt weiter und gründeten 2004 die ILL - Integrierte Landes-



„Wir wollen Rettungsverteiler für das ganze Land zu unseren Bedingungen.“

ELISABETH ZANON  
Foto: Marnbauer

stellen GmbH, die in Zukunft für die Alarmierung sämtlicher Rettungs- und Hilfskräfte im Land verantwortlich zeichnet.

## Überörtliche Ordnung

„Um das umzusetzen, brauchen wir aber eine überörtliche Ordnung für alle im Rettungswesen tätigen Organisationen“, sagt Elisabeth Zanon. Zu diesem Zweck hat die Landesregierung jetzt

das „geographische Institut der Uni Köln mit der Erstellung eines so genannten „rettungsdienstlichen Allokationsmodells für das Bundesland Tirol“ beauftragt.

Das Ziel dieser Studie steht im Regierungsantrag. Darin heißt es u.a., dass es darum gehe, „das wirtschaftliche und strukturelle

Optimierungspotenzial bei zumindest gleicher Versorgungsqualität zu erfassen und in weiterer Folge durch verschiedenste Maßnahmen gezielt umzusetzen“. Zanon will also „die notwendigen Standards definieren“ und vor allem eine allgemein gültige Qualitätssicherung einführen.

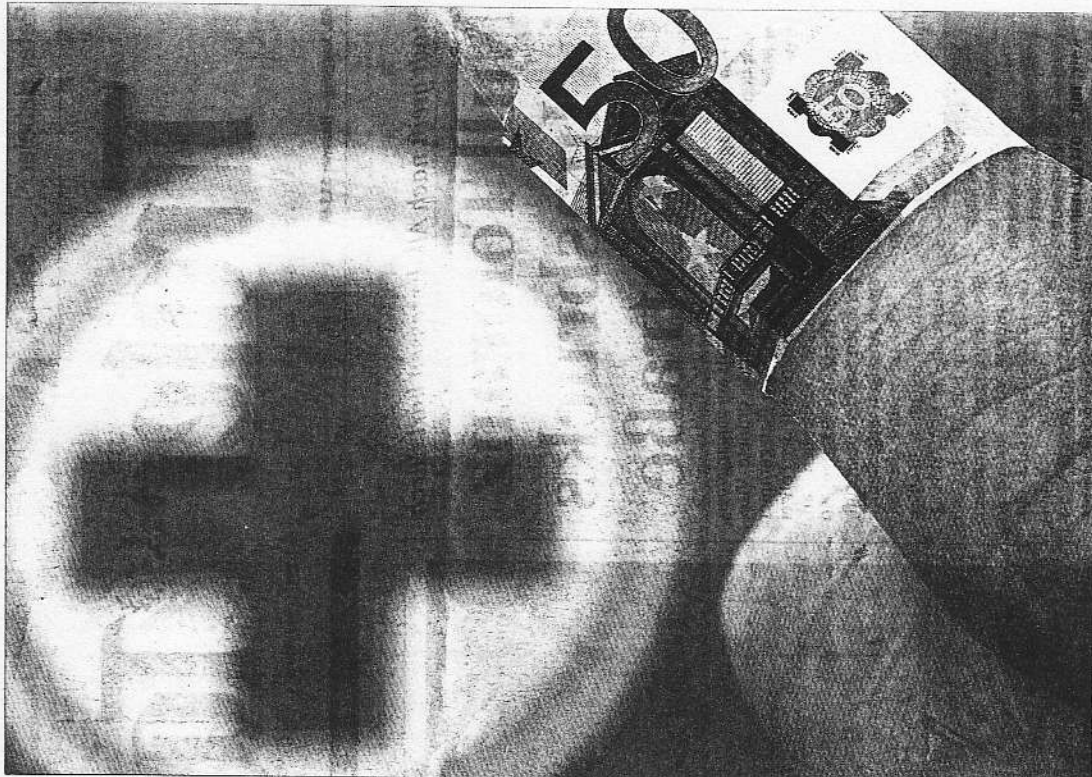
## Hohe Auslastung?

In einer ersten Projektskizze haben die Kölner Experten angekündigt, in welche Richtung ihr Konzept zielt: „Das Leitbild für die angestrebte Weiterentwicklung des bodengebundenen Rettungsdienstes ist die Trennung der bislang flächendeckend einheitlich organisierten Leistungsbereiche der ‚notfallmedizinischen Versorgung (Notarztwesen) und qualifizierter Rettungsdienst‘ einerseits und des ‚qualifizierten Krankentransportes‘ andererseits.“

Im Bereich der notfallmedizinischen Versorgung wollen die Studienverfasser u.a. abklären, inwieweit eine landesweit einheitliche Hilfsfrist mit gegebenenfalls regional abgestuften Erreichungsgraden möglich ist. Auch die Auslastung der einzelnen Standort spielt eine zentrale Rolle.

## Gleiche Qualität

Für Elisabeth Zanon ist klar, dass das neue Rettungsgesetz letztlich zum Ziel haben muss, dass „wir für das ganze Land Tirol Rettungsverträge ausschreiben – und zwar zu unseren Bedingungen“. Voraussetzung dafür sei eine gleichbleibende Qualität, die größtmögliche Rücksichtnahme auf die Ge-



Es geht ums Geld: Zanon will das Rettungswesen nicht weiter verteuern. Foto: Bergbauer

ografie und einheitliche Kriterien für alle Beteiligten, gibt Zanon die Linie vor.

## Eingehende Diskussion

„Das alles braucht seine Zeit“, ist sich Tirols Gesundheitsreferentin sicher, „des- halb ist das ein längerfrist-

tes Projekt. Das neue Gesetz bedarf einer größtmöglichen Akzeptanz, deshalb werden wir es bereits im Stadium des Entwurfs eingehend diskutieren – mit allen Beteiligten, versteht sich.“

Risher mussten die Gemeinden künftig billiger wird.“